STEUERBERATERKAMMER NIEDERSACHSEN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

30057 Hannover - Postfach 57 27 - Tel. 0511/288 90 13 - Fax 0511/288 90 25

Zwischenprüfung

am 10. März 2015

Prüfungsfach: Wirtschafts- und Sozialkunde

Arbeitszeit:	45 Minuten
Benötigtes Material:	1 Lösungsblatt
Zulässiges Hilfsmittel	Taschenrechner
	Gesetzestexte

Vorbemerkung:

Füllen Sie zuerst den Kopf des Lösungsblattes aus.

Prüfen Sie die Aufgabe auf Vollständigkeit und beanstanden Sie fehlende oder unleserliche Seiten sofort bei der Aufsicht!

Beachten Sie dann, dass bei den folgenden **20 Aufgaben** von jeweils vier Möglichkeiten immer nur **eine** richtig ist. Bezeichnen Sie diese richtige Antwort durch ein **deutlich sichtbares Kreuz** ☒ in dem entsprechenden Kästchen.

Ein irrtümlich gesetztes Kreuz ist **unmissverständlich** durchzustreichen ☒.

Wenn mehr als ein Kästchen pro Aufgabe angekreuzt wird, gilt die Aufgabe als **nicht gelöst**.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

1. Welche Gesetze werden dem privaten Recht zugeordnet?
   (1) Einkommensteuergesetz
   (2) Aktiengesetz
   (3) Strafgesetzbuch
   (4) Finanzgerichtsordnung
   (5) Handelsgesetzbuch

   A 1,2,3
   B 2,5
   C 1,3,4
   D 1,2,3,5

2. Welche Aussage trifft zu?

   A Die volle Rechtsfähigkeit einer Personengesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister.
   B Der Vorstandvorsitzende K. Egge der BÄRO AG ist eine natürliche Person.
   C Die OHG ist eine juristische Person des privaten Rechts.
   D Die Rechtsfähigkeit einer Kapitalgesellschaft beginnt spätestens mit der Aufnahme der laufenden Geschäfte.

3. Bei welcher Zuordnung passen Begriff und Beispiel nicht zusammen?

   A natürliche Person – Rechtsanwalt P. Smaug
   B Sachen - Tiere
   C Rechte - Lizenzen
   D Anstalten des öffentlichen Rechts - ARD

4. Der dauerhaft geisteskranke Dieter, 15 Jahre, hat von seinem Onkel einen größeren Geldbetrag geerbt.
   Kann er Erbe werden?

   A Nein, da er geschäftsunfähig ist.
   B Nein, da er beschränkt geschäftsfähig ist und das Rechtsgeschäft der Zustimmung der Eltern bedarf.
   C Ja, da er rechtsfähig ist.
   D Ja, da er als 15-jähriger voll deliktsfähig ist.

5. Welche Aufzählung beinhaltet nur mehrseitig zweiseitig verpflichtende Rechtsgeschäfte?

   A Kaufvertrag, Bürgschaftsvertrag, Leihvertrag.
   B Mahnung, Schenkungsvertrag, Kündigung.
   C Pachtvertrag, Anfechtung, Werkvertrag
   D Dienstvertrag, Leasingvertrag, Gesellschaftsvertrag

6. Für welche Rechtsgeschäfte ist die notarielle Beurkundung vorgeschrieben?
   (1) Eintragung einer Grundschuld
   (2) Mietvertrag mit fester Mietzeit von 10 Jahren
   (3) Pachtvertrag
   (4) Schenkungsversprechen
   (5) Antrag auf Eintragung ins Handelsregister

   A 1,2,5
   B 4
   C 2,3,5
   D 1,4

7. Frau Simon möchte aus einem Katalog der Teuro KG fünf Bogen Briefpapier bestellen.
   Wann gilt die Willenserklärung gegenüber der Teuro KG als rechtswirksam zugegangen?

   A Frau Simon wirft den Brief mit einem Angebot an die Teuro KG in den öffentlichen Briefkasten der Post.
   B Die Post transportiert den Brief zum Firmensitz der Teuro KG.
   C Der Postbote wirft den Brief in den Briefkasten der Teuro KG.
   D Der Geschäftsführer der OHG liest den Brief.

8. Unternehmer Bernard bestellt bei der Samco AG eine Maschine. Als Tag der Lieferung wird der 15. März fest vereinbart. Die Samco AG liefert jedoch selbstverschuldet nicht.
   Wann kommt der Lieferer als Schuldner der Ware in Verzug?

   A Mit Ablauf einer Nachfrist.
   B Mit Ablauf des 15. März.
   C Sobald dem Lieferer die erste Mahnung zugegangen ist.
   D Spätestens vier Wochen nach dem 15. März.

9. Welches Rechtsgeschäft kann eine 17-Jährige ohne Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters rechtswirksam vornehmen?

   A Ratenkauf einer Spielkonsole. Die Raten werden vom monatlichen Taschengeld bezahlt.
   B Abschluss eines Berufsausbildungsvertrages.
   C Annahme eines Fahrrades als Geschenk.
   D Abschluss eines Mietvertrages.

10. Herr Peters kauft sich im Dezember Aktien für 1.000 EUR. Im Februar des darauffolgenden Jahres beträgt der Wert nur noch 700 EUR.
    Um welchen nicht anfechtbaren Irrtum handelt es sich?

    A Motivirrtum
    B Inhaltsirrtum
    C Erklärungsirrtum
    D Eigenschaftsirrtum

11. Das Autohaus Blömere e.K. hat sich mit Herrn Siebert über den Verkauf eines Pkw geeinigt. Die Zahlung und die Übergabe der Fahrzeugpapiere sind bereits erfolgt. Das Autohaus ist aber nicht in der Lage, das Auto an Herrn Siebert zu übergeben, da das Fahrzeug an Frau Peters verliehen wurde (eine Leihdauer wurde nicht vereinbart). Das Autohaus tritt deshalb die Ansprüche gegenüber Frau Peters an Herrn Siebert ab.
In welchem Fall verhalten sich die Beteiligten korrekt?

A Herr Siebert kann sich das Fahrzeug bei Frau Peters abholen, da er neuer Eigentümer des Pkw ist und kein Kaufvertrag zwischen dem Autohaus und Frau Peters besteht.
B Frau Peters, will das Fahrzeug behalten, da ihres Erachtens ein Kauf auf Probe abgeschlossen wurde.
C Frau Peters verweigert die Herausgabe an Herrn Siebert, da der Vertrag zwischen dem Autohaus und Herrn Siebert mangels tatsächlicher Übergabe nicht rechtswirksam ist.
D Das Autohaus fordert von Frau Peters Schadenersatz und Herausgabe des Pkw.

12. Welche Aussage über die Erfüllung eines Kaufvertrags zwischen 2 Unternehmern ist richtig, wenn keine besonderen vertraglichen Regelungen bestehen?

A Der Käufer muss im Zweifel Geld an den Wohnsitz des Verkäufers überbringen.
B Der Verkäufer muss im Zweifel auf seine Gefahr und seine Kosten dem Käufer die Ware zuschicken.
C Der Käufer muss im Zweifel auf seine Gefahr und seine Kosten dem Verkäufer das Geld übermitteln.
D Der Verkäufer muss im Zweifel dem Käufer Waren an dessen Wohnsitz überbringen.

<u>Soziale Sicherung</u>

13. Mirco, 21 Jahre, arbeitet als Aushilfskellner in einer Studentenkneipe und verdient dort monatlich 380 EUR. Sein Arbeitgeber hat ihn bei der Minijobzentrale der Knappschaft Bahn-See angemeldet.
Welche der folgenden Aussagen trifft nach den Regelungen zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf Mirco zu?

A Der Arbeitgeber muss Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer zahlen.
B Der Arbeitgeber muss lediglich eine Umlage nach dem Aufwendungsgesetz zahlen.
C Der Arbeitgeber muss Sozialversicherungsbeiträge, aber keine Lohnsteuer zahlen.
D Der Arbeitgeber muss Lohnsteuer, aber keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

14. Stellen Sie fest, welche Aussage sich auf die gesetzliche Unfallversicherung bezieht.

    A Der Arbeitgeber und die Arbeitnehmer teilen sich den Versicherungsbeitrag.
    B Träger ist die Deutsche Rentenversicherung Bund.
    C Es besteht nicht für alle Arbeitnehmer eine Versicherungspflicht.
    D Der Beitragssatz ist je nach Wirtschaftsbranche unterschiedlich hoch.

15. Welche der nachstehenden Aussagen zum Arbeitslosengeld II ist zutreffend?

    A Das Arbeitslosengeld II wird grundsätzlich ohne zeitliche Begrenzung gezahlt.
    B Arbeitslosengeld II wird nur an nicht erwerbsfähige Personen gezahlt.
    C Die Hilfsbedürftigkeit des Empfängers von Arbeitslosengeld II wird nur bei Antragstellung geprüft.
    D Eigenes Vermögen eines Empfängers von Arbeitslosengeld II wird nicht in die Berechnung der Höhe dieser staatlichen Leistung einbezogen.

HANDELSRECHT

16. Die im Handelsregister rot unterstrichenen Eintragungen ...

    A unterliegen der Geheimhaltung und dürfen nicht veröffentlicht werden.
    B gelten nur für die Abteilung B des Handelsregisters.
    C sind eintragungsfähige, aber nicht eintragungspflichtige Tatbestände.
    D gelten als gelöscht.

17. Welche Funktion erfüllt das Handelsregister nicht?

    A Steuerungsfunktion
    B Publikationsfunktion
    C Schutzfunktion
    D Kontrollfunktion

18. Der Landwirt P. Sauer e.K. bewirtschaftet 50 ha Land und erzielt einen Umsatz von 1,5 Mio. EUR.
    Welche Kaufmannseigenschaft besitzt Sauer?

    A Istkaufmann
    B Formkaufmann
    C Nichtkaufmann
    D Kannkaufmann

19. Stellen Sie fest, welcher der folgenden Vorgänge zu einer Handelsregistereintragung führt?

    A Der Vollhafter K. Surwold erhöht seine Einlage in die KG um 50.000 EUR.
    B Die Steuerberater P. Fix und D. Fox gründen die FixFox Partnerschaftsgesellschaft.
    C F. Meiners wird zur Prokuristin der Steuerberatungsgesellschaft TAX GmbH ernannt.
    D Die Samuelson Maschinenfabrik GmbH entzieht S. Gerold die allgemeine Handlungsvollmacht.

20. Welche Aussage zu Kaufleuten ist falsch?

    A Bei Kaufleuten, die im regelmäßigen Geschäftsverkehr stehen, gilt Schweigen als Annahme eines Angebots.
    B Die steuerliche Buchführungsplicht für Kaufleute ergibt sich grundsätzlich aus § 141 AO.
    C Selbstschuldnerische Bürgschaften dürfen von ihm grundsätzlich mündlich abgegeben werden.
    D Die Firma eines Kaufmanns ist der Name, unter dem er klagen und verklagt werden kann.